

Beschluss des Landrats vom 11.01.2024

Nr. 360

36. Moderne Recyclinganlage statt Baustellenplatz für Rheintunnel-Aushub 2023/528; Protokoll: ps

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme und dessen Abschreibung beantrage.

Christine Frey (FDP) merkt an, in der Vergangenheit sei das Verhältnis des KMU zum Kanton wie dasjenige von David zu Goliath gewesen. Regierungsrat Thomi Jourdan hat das Geschäft geerbt. Es werden Gespräche stattfinden, weshalb die Rednerin darum bittet, das Postulat zu überweisen, jedoch noch stehen zu lassen, bis endgültig geklärt ist, wie es weitergehen soll.

Stephan Ackermann (Grüne) heisst Christine Frey willkommen im Club der kritischen Stimmen zum Rheintunnel. Er nimmt dies wohlwollend zur Kenntnis. Viele Leute in der Region werden unter den Bauarbeiten leiden. Dadurch wird das Familiengarten- und Freizeitareal auf dem Boden der Stadt, aber auch dem Gemeindegebiet von Muttenz und Birsfelden tangiert. Es gehen Gärten verloren. Die Dreirosenanlage, eine wichtige Grünfläche in Kleinbasel West, ist während der Bauzeit von acht Jahren nur beschränkt nutzbar. Nach dem Bau wird nicht mehr die gleiche Qualität vorhanden sein. Mehrere grosse Bauplätze werden während Jahren im umliegenden Quartier zu Belastungen durch Lärm, Erschütterungen, Staub und Baustelleverkehr führen. Deshalb begrüsst die Grünen Basel-Stadt und Basel-Landschaft das ganze Projekt nicht und sind der Meinung, es brauche andere Lösungen. Man muss sich bewusst sein, welche grosse Investition getätigt wird – CHF 2,36 Mrd. für das Megaprojekt. Es handelt sich um eine «verkehrte» Verkehrspolitik und es wird zu viel zubetoniert. Christine Frey ist nicht alleine mit ihren Sorgen.

Simon Oberbeck (Die Mitte) legt seine Interessenbindung offen: Er ist Mitarbeiter der Schweizerischen Rheinhäfen und Gemeinderat in Birsfelden. Es handelt sich um eine Parzelle des Kantons, die er im Baurecht abgibt. Quod erat demonstrandum, könnte man zum Votum von Stefan Ackermann sagen: Nun wird das Fass der Rheintunnel-Diskussion wieder geöffnet und dies ist wohl nicht im Sinne der Postulantin. Das Unternehmen, das sich beklagt, hat einen Beschluss des Regierungsrats erhalten, dass das Gebiet für das Entsorgungskonzept des Rheintunnelbaus genutzt wird. Das Unternehmen ist Untermieter. Müsste das Entsorgungskonzept neu erarbeitet werden, müsste das ganze Projekt nochmals von vorne begonnen werden. Ein solcher Prozess dauert sehr lange und so gäbe es in 20, 30 Jahren immer noch keine Entlastung für Birsfelden. Das kann nicht das Ziel sein. Das besagte Unternehmen erhielt vom Kanton Basel-Stadt den Auftrag, dass der Abfall in Birsfelden deponiert werden soll. Im gleichen Gebiet – und es ist nicht der Wunsch der Birsfelder, dass der Müll der Städter übernommen wird. Es soll getan werden, was der Regierungsrat will – überweisen und abschreiben. Der Rheintunnel ist zu wichtig, als dass ein Partikularinteresse darüber gestellt wird.

Désirée Jaun (SP) möchte die Rheintunnel-Diskussion nicht vertiefen. Dieser wird noch das eine oder andere Mal diskutiert werden. Stephan Ackermann hat aufgezeigt, welche Belastungen die langjährige Baustelle mit sich bringen wird. Im Moment sind Einsprachen gegen das Projekt hängig und es wurden Unterschriften für ein Referendum gegen den ganzen Autobahnausbau eingereicht. Der Regierungsrat hat in der Antwort dargelegt, wie der Vergabeentscheid bezüglich der erwähnten Baurechtsparzelle in Birsfelden zustande gekommen ist. Es wurden verschiedene Standorte geprüft. Der Platz ist sehr begrenzt und es gibt nicht unzählige Möglichkeiten. Das Pos-

tulat könnte überwiesen und abgeschrieben werden. Trotz der Faktenlage fordert die PostulantIn, dass der Entscheid widerrufen und das Postulat stehengelassen wird. Die SP-Fraktion wird den Vorstoss nicht überweisen.

Andrea Heger (EVP) wird ausscheren aus der Fraktion, denn sie ist als Einzige gegen Überweisung. Es ist nicht Sache des Landrats, eine einzelne Firma zu bevorzugen. Sie fasst den Vorstoss als Handlungspostulat auf, einer einzelnen Firma ein Grundstück zuzuordnen. Deshalb möchte sie das Postulat nicht überweisen.

Christine Frey (FDP) sagt zu Stephan Ackermann, er sei ein schlauer Fuchs. Sie braucht kein Mitgliedformular des Komitees gegen den Rheintunnel. Sie ist nicht gegen den Rheintunnel und es widerstrebt ihr, dass das Postulat verwendet wird, um gegen den Rheintunnel Politik zu machen. Sie ändert ihre Meinung im Sinne des Regierungsrats: Das Postulat soll überwiesen und abgeschrieben werden, um die Rheintunnel-Diskussion nicht auf dem Buckel des Unternehmens zu führen.

Stephan Ackermann (Grüne) dankt für das Kompliment der Vorrednerin. Die Grüne/EVP-Fraktion war der Meinung, das Postulat müsse gar nicht überwiesen werden. Nun kann sie der Vorrednerin folgen und das Postulat überweisen und abschreiben.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) führt aus, es gebe zwei Zielsetzungen, drei Interessenten, zwei Unternehmen, eine Entscheidung – so könnte es zusammengefasst werden. Eine der Fragen bei der Parzelle ist: Welche Nutzungen sind hafennahe und benötigen die Anbindung ans Wasser? Es gibt drei Interessenten: Der Rheintunnel und zwei KMU. Das kam in der Antwort vielleicht zu wenig zum Ausdruck, jedoch ist dem Redner bewusst, dass insbesondere in der Logistik der Druck sehr hoch ist. Alle brauchen die Logistik, aber sie sollen nirgendwo stattfinden können, schon gar nicht in der Stadt und der Agglomeration. Es ist für diese Unternehmen eine Herausforderung. Trotzdem gab es nur zwei Möglichkeiten, und man entschied sich für den Rheintunnel und das eine hafennahe Logistikunternehmen. Aber es findet nochmals ein Gespräch mit dem im Vorstoss erwähnten Unternehmen statt. Der Redner ist vorsichtig optimistisch, dass auch für diesen Unternehmer eine Lösung irgendwo in der Agglomeration Basel gefunden werden kann. Er ist bereit, gemeinsam darüber nachzudenken.

://: Mit 67:8 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen und mit 77:0 Stimmen abgeschrieben.
